

2797/AB
vom 18.11.2025 zu 3258/J (XXVIII.^{smi.gv.at} GP)at

= Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.755.953

Wien, am 18. November 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA hat am 18. September 2025 unter der Nr. **3258/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Unfallgefahr durch Radfahrwahn: Die Folgen der grünen Verkehrspolitik gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 4, 5 und 6a:

- *Wie viele Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern wurden in den letzten fünf Jahren in Österreich registriert? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Bundesland, Unfällen mit und ohne Personenschaden sowie nach herkömmlichen Fahrrädern und nach E-Bikes bzw. E-Rollern)*
- *Wie viele Unfälle ereigneten sich in den letzten fünf Jahren aufgrund der Befahrung von Einbahnstraßen entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung durch Radfahrer? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Bundesland sowie nach Unfällen mit und ohne Personenschaden)*
- *Welche spezifischen Unfallursachen wurden bei Unfällen mit Radfahrerbeteiligung in den letzten fünf Jahren festgestellt, insbesondere in Bezug auf Alkohol- und Drogenkonsum sowie Missachtung von Verkehrsregeln?*
- *Welcher Anteil an Unfällen betrifft E-Bike-Fahrer?*

Aufgrund des Umfangs des in der Anfrage erbetenen Datenmaterials wird auf die Beilage verwiesen. Verkehrsunfälle mit bloßen Sachschäden werden statistisch vom

Bundesministerium für Inneres nicht erfasst. Zur vermuteten Hauptunfallursache erfolgt gemäß Straßenverkehrsunfallstatistik-Gesetz eine Einschätzung durch die Organe der Bundespolizei, die ausschließlich statistischen Zwecken dient. Dabei handelt es sich um keine rechtsgültige Feststellung.

Zu den Fragen 2, 3, 6, 7, 9, 10, 14a und 15:

- Wie viele dieser Unfälle führten zu strafrechtlichen Verfahren?
 - a. Wie viele dieser Verfahren wurden abgeschlossen und wie viele sind noch anhängig?
- Wie viele Verwaltungsstrafverfahren wurden im Zusammenhang mit Unfällen unter Beteiligung von Radfahrern in den letzten fünf Jahren eingeleitet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Art der Delikte und Höhe der verhängten Strafen)
- Welche Rolle spielt der vermehrte Einsatz von E-Bikes bzw. E-Rollern im Straßenverkehr im Hinblick auf die Unfälle unter Beteiligung von Radfahrern?
- Wie bewertet Ihr Ressort die Auswirkungen der von BM a.D. Gewessler initiierten Regelung betreffend Radfahren im Zuge der 33. StVO-Novelle auf die Unfallzahlen?
 - a. Gibt es bereits Ergebnisse aus Studien oder Erhebungen zu diesem Thema?
- Wie viele Grünpfeile für Radfahrer wurden seit der Einführung installiert? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - a. Gibt es Erkenntnisse über die Auswirkungen dieser Regelung auf die Unfallzahlen?
- Wie viele Fahrradzonen wurden seit der Einführung eingerichtet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - a. Gibt es Erkenntnisse über die Auswirkungen dieser Regelung auf die Verkehrssicherheit?
- Gibt es Erkenntnisse über die Auswirkungen dieser Regelung auf die Verkehrssicherheit?
- Gibt es Pläne die Auswirkungen der bevorzugten Regelungen für Radfahrer in der StVO auf die Verkehrssicherheit umfassend zu evaluieren?
 - a. Falls ja, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?
 - b. Falls nein, warum nicht?

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 8:

- Welche Maßnahmen plant oder implementiert Ihr Ressort, um die Verkehrssicherheit insbesondere für Radfahrer zu erhöhen?

- a. Welche Rolle spielen dabei verkehrsaufklärungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit?

Im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres für den Bereich der Verkehrserziehung, werden in diesem Segment von den Organen der Bundespolizei die freiwillige Radfahrprüfung und die Verkehrserziehung in den Volksschulen, bspw. mit dem Schwerpunkt „toter Winkel“, durchgeführt und dadurch ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit geleistet. Weiters werden durch die Landespolizeidirektionen mediale Kampagnen zur Bewusstseinsbildung im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit ausgerichtet.

Zur Frage 11:

- Wie viele Verstöße gegen das Verbot des Haltens auf Schutzstreifen für Radfahrer wurden seit der Einführung geahndet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - a. Welche Strafen wurden dabei verhängt?

Der in der Frage verwendete Begriff des „Schutzstreifens“ ist der Straßenverkehrsordnung 1960 unbekannt und kann damit keiner Beantwortung zugeführt werden.

Zu den Fragen 12 bis 14:

- Wie viele Unfälle wurden durch das Nebeneinanderfahren von Radfahrern seit 2020 verursacht? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - a. Gibt es Pläne, diese Regelung zu evaluieren oder anzupassen?
- Wie viele Fälle von mangelnder Schutzausrüstung bei Radfahrern wurde in den letzten fünf Jahren registriert?
- Wie viele Unfälle durch Kfz wurden durch den erhöhten Seitenabstand beim Überholen verursacht?

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven manuellen Auswertung aller Aktenvorgänge im Bundesgebiet wird auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden Ressourcenbindung Abstand genommen.

Beilage

Gerhard Karner

